

Gastkommentar

Politischer Fachkräftemangel

Die Sommerpause ist vorbei. Die nächsten Landtagswahlen rücken rasch näher und tröpfchenweise werden uns Kandidatinnen und Kandidaten für Regierung und Landtag bekannt gegeben. Das täuscht darüber hinweg, dass die Suche nach Politikerinnen und Politikern immer schwieriger wird. Alle zwei Jahre ist es eine riesige Herausforderung, genügend Personen für eine Kandidatur zu motivieren, wobei die Wahllisten mittlerweile auch von den Grossparteien nicht mehr gefüllt werden. Analog zur Wirtschaft kann man von einem politischen Fachkräftemangel sprechen.

Hier endet jedoch auch schon die Parallele zur Wirtschaft. Während in der Wirtschaft um jedes freiliegende Arbeitskräftepotenzial gerungen wird, leistet man sich in der Politik den Verzicht auf eine grosse Bevölkerungsgruppe. Ich spreche von denjenigen Personen, die in Liechtenstein leben, arbeiten und Steuern bezahlen, die aber die liechtensteinische Staatsbürgerschaft nicht besitzen. Es handelt sich hierbei um ein Drittel der Bevölkerung im wahlfähigen Alter.

Unser Wirtschaftsstandort rühmt sich der internationalen Ausrichtung und der erfolgreichen Integration in den EWR und in die Zoll- und Währungsunion mit der Schweiz. Es ist notwendig und für alle akzeptiert, dass 57 Prozent der Beschäftigten im benachbarten Ausland wohnen und zur Arbeit zu uns pendeln. Wir sind froh über die ausländischen Lehrpersonen, Pflegefachkräfte, Lehrlinge, Richterinnen und Richter – um nur ein paar Beispiele zu nennen –, die sich in unsere Arbeitswelt einbringen. Hier zeigen wir uns weltoffen und pragmatisch.

In der Politik wird das Potenzial der im Land lebenden Ausländerinnen und Ausländer je-

«Während in der Wirtschaft um jedes freiliegende Arbeitskräftepotenzial gerungen wird, leistet man sich in der Politik den Verzicht auf eine grosse Bevölkerungsgruppe.»

Andrea Hoch
Projektleiterin «Vielfalt in der Politik»

doch nicht genutzt. Sie haben keinerlei Stimm- und Wahlrecht. Die erforderliche Einbürgerung wiederum ist nicht einfach zu haben: Im internationalen Vergleich lange Fristen sowie die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft erschweren diesen Schritt. Die fehlende politische Teilhabe ist deshalb so störend, weil Ausländerinnen und Ausländer von den politischen Entscheidungen genauso betroffen sind. Wenn Politikerinnen und Politiker eine Sache «vors

Volk» bringen, können sie nur zuschauen. Und mitbezahlen!

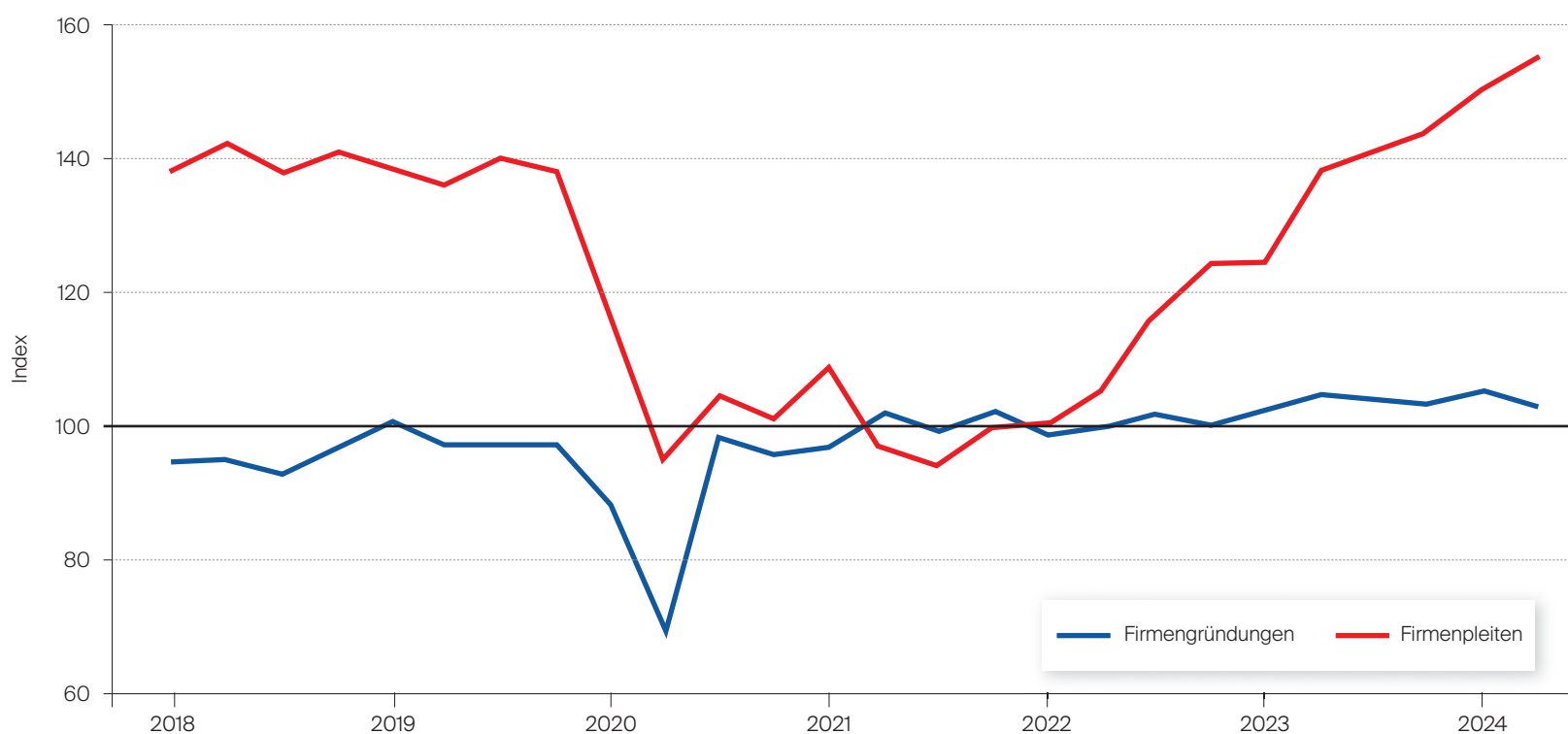
In einem Kooperationsprojekt haben «Vielfalt in der Politik» und der Verein für Menschenrechte sich der politischen Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern angenommen. Aus unserer Sicht ist es zur Stärkung der Demokratie und für eine gelingende Integration dringend nötig, an diesem Tabu zu rütteln.

Die politische Mitbestimmung auf Gemeindeebene wäre beispielsweise ein erster Schritt. Das kommunale Wahlrecht gilt in allen Ländern der EU, und auch in der Schweiz haben es schon über 600 Gemeinden eingeführt. Die Erfahrungen in unserem Nachbarland sind positiv, wengleich eine aktuelle Studie aus der Romania zeigt, dass die stimmberechtigten Ausländerinnen und Ausländer nicht in grosser Zahl an Abstimmungen teilnehmen. Es wäre jedoch ein wichtiges Signal an diese Bevölkerungsgruppe, dass sie dazugehören und eingeladen sind, an der Gestaltung unseres Landes mitzuwirken. Auch in der Politik können wir uns keinen Fachkräftemangel leisten.



Andrea Hoch
Projektleiterin «Vielfalt in der Politik»

Firmenpleiten steigen in der EU an, Neugründungen gehen zurück



Datenquelle: Eurostat (saisonal bereinigt, 2021=100); Grafik: Stefan Aebi

Die Grafik zeigt die Entwicklung von Firmenneugründungen und Firmenpleiten in der EU über die letzten Jahre.

Im zweiten Quartal 2024 ging die Anzahl von Neugründungen gegenüber dem Vorquartal um 2,1 Prozent zurück. Am stärksten waren die Rückgänge im Bereich Handel (-4,7 Prozent) und Industrie (-3,6 Prozent).

Firmenpleiten stiegen demgegenüber um 3,1 Prozent an, wobei die Baubranche am stärksten betroffen war (+3,8 Prozent).

Von dem relativ starken Anstieg der Firmenpleiten gegenüber dem Basisjahr 2021 gehen makroökonomische Risiken aus. Dabei ist nicht nur der davon ausgehende Rückgang der wirtschaftlichen Kapazität zur Wertschöpfung problema-

tisch, entsprechende Kreditausfälle können auch die Finanzmarktstabilität gefährden.

Die Entwicklungen in Europa sind auch für die heimische Wirtschaft relevant. Zu Liechtenstein gibt es gegenwärtig noch keine Daten für das laufende Jahr. Im Jahr 2023 wurde laut Amt für Volkswirtschaft kein signifikanter Anstieg von Firmenpleiten verzeichnet.



Martin Geiger
Ökonom am
Liechtenstein-Institut

Gastkommentar

Mehr Optionen durch einen IWF-Beitritt

«Ich weigere mich, eine Club anzugehören, der mich als Mitglied aufnimmt.» Der Ausspruch des amerikanischen Komödianten Groucho Marx könnte auch für die Diskussion um den Beitritt Liechtensteins zum Internationalen Währungsfonds (IWF) stehen. Am 22. September stimmt das Volk darüber ab. Gerade wegen der knappen und finanziellen Ressourcen des Landes ist jede Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation zu prüfen. Eine öffentliche Debatte ist deshalb zu begrüssen.

Der IWF wurde neben der Weltbank im Jahr 1944 aus der Taufe gehoben und soll die Stabilität des internationalen Währungssystems sichern. Liechtenstein ist eines der wenigen Länder, die nicht dabei sind. Eine Mitgliedschaft hätte vor allem zwei Vorteile: Erstens würde der IWF eine Art Versicherung in einem extremen Krisenfall darstellen. Zweitens könnte die Bretton-Woods-Institution dabei helfen, die Lage der makroökonomischen Daten zu verbessern.

Liechtenstein verfügt über keine eigene Währung und Zentralbank. Die Schweizerische Notenbank (SNB) erachtet die drei grossen Liechtensteiner Banken nicht als systemrelevant für den Franken-Währungsraum. Deshalb würde die SNB im Fall einer Krise eines Liechtensteiner Finanzinstituts nicht als Kreditgeber der letzten Instanz einspringen. Beim Niedergang der Credit Suisse hatte die SNB diese Rolle eingenommen. Für Liechtenstein könnten die Prozesse des IWF diese Position einnehmen.

Am besten wäre es natürlich, wenn die Banken von vorneherein stabil wären und keine Anreize hätten, allzu riskante Geschäftsmodelle zu verfolgen. Die Zauberformel gegen Finanzkrisen wurde aber noch nicht gefunden. Liechtenstein könnte auch am Kapitalmarkt Geld aufnehmen, wenn es sein müsste. Die Staatsverschuldung auf Landesebene steht bei null. Im Krisenfall, darunter kann auch eine Naturkatastrophe verstanden werden, hätte das Land deshalb bereits einen Spielraum. Die Frage dabei ist jedoch, zu welchen Konditionen und wie schnell Schulden aufgenommen werden können.

Die Mitgliedschaft beim IWF bietet also eine zusätzliche Option, die jedoch nicht wahrgenommen werden muss, wenn sie ungünstig sein sollte. Es ist wie ein Mann, der sich aus Sicherheitsüberlegungen Hosenträger und Gürtel anschafft, um nicht ohne Hosen dazustehen. Die Möglichkeiten werden ausgeweitet. Der IWF kann zudem helfen, die Mangellage an makroökonomischen Daten zu beheben. Diese Unterstützung ist nicht zu unterschätzen.

Der Beitritt kommt mit einem Preiszettel: Die direkten administrativen Kosten betragen laut der Regierung 500 000 Franken pro Jahr, was tragbar ist. Mit der Einlage, die beim IWF getätigt werden muss, könnten zwar auch andere staatliche Aufgaben erfüllt werden. Die Gelder werden aber verzinst, damit schwächen sich die Opportunitätskosten ab. Manche internationale Organisationen saugen eher personelle und finanzielle Ressourcen ab. Im Fall des IWF stehen die Kosten aber im Einklang mit dem Nutzen: Ein Beitritt erweitert die Optionen des Landes.



Gerald Hosp ist der designierte
Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li.